

Christiane Keim

## Raum greifen & Platz nehmen

Bericht von der Europäischen Planerinnentagung in Berlin

Vom 15.-17. Juni 1991 veranstaltete die Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (F.O.P.A.) in Berlin unter dem Motto „Raum greifen & Platz nehmen“ die erste „grenzüberschreitende“ Planerinnentagung. Der Anspruch, Grenzen zu überschreiten, wurde dabei in doppeltem Sinne gestellt: Im Unterschied zu vorausgegangenen Veranstaltungen sollte sowohl die disziplinäre Beschränkung auf die Fachdiskussion von Raumplanerinnen und Architektinnen wie auch die regionale Einengung auf das deutschsprachige Gebiet überwunden werden. Diese Offenheit gegenüber Theorieansätzen und Handlungsstrategien aus verschiedenen Disziplinen und Ländern, die jeweils eine eigene Geschichte feministischer Forschung und Wissenschaftskritik vorzuweisen haben, machte die Tagung von vornherein für sehr viele Frauen aus den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern interessant. Sie stellte allerdings auch große Anforderungen an die Veranstalterinnen, was die Strukturierung des Tagungsablaufes und die Betreuung des zu erwartenden Teilnehmerinnenansturms anging. Die Organisation des äußeren Rahmens – Organisation von Schlafplätzen, Versorgung in den Mittags- und Kaffeepausen – funktionierte aus meiner Sicht sehr gut. Der Tagungsablauf sollte durch die Festsetzung eines inhaltlichen Schwerpunktes, der sich aus der ca. 15jährigen Debatte unter Planerinnen herauskristallisiert hatte, eine feste Struktur erhalten. Diesen Diskussionsschwerpunkt bildete das Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit als vermeintlich voneinander getrennte, jeweils Männern oder Frauen zugeordnete Bereiche und der Ausdruck, den diese Trennung im städtischen Raum erhält.

Vier Vorträge sollten mit gesellschaftswissenschaftlichen Theorien zu diesem Thema bekanntmachen und daraus eventuell gewonnene Handlungsperspektiven für das Eingreifen, das „Platz nehmen“, von Frauen in die Planungspraxis vorstellen. Die Frankfurter Soziologin Marianne Rodenstein gab einen Überblick über Stand und Methodik der feministischen Stadt- und Regionalforschung und warf anschließend die Frage nach dem Einfluß dieser Forschung auf die bisherigen und die aktuelle Planungsdiskussion auf. Nachdem erst Ende der siebziger Jahre feministische Forschungsergebnisse überhaupt – und dann nur sehr vereinzelt – Eingang in Fachzeitschriften fanden, erweise sich die Planungspraxis heute vor allem dort, wo die Grünen politischen Einfluß ausüben, als sehr viel „frauenfreundlicher“. Rodenstein sieht aber gerade darin eine Gefahr: Sie warnte davor, daß durch die Institutionalisierung von Frauenanliegen die Ergebnisse feministischer Forschung eher zur Modernisierung der bestehenden patriarchalen Strukturen und nicht zu deren Überwindung beitragen könnten. Feministische Gesellschaftskritik als Politiker- (oder vielleicht sogar Politikerinnen?)Beratung könne aber kaum im Interesse von Frauen sein. Um eine solche Instrumentalisierung zu verhindern, müßten nach Rodensteins Vorstellung ne-

ben den bereits etablierten Institutionen (Gleichstellungsreferate, Frauenbeauftragte) neue „Mitwirkungsräume“ auf kommunaler Ebene, etwa Frauenplanungsräte, die sich in die städtische und regionale Raumplanung einmischen, ins Leben gerufen werden.

Die österreichische Philosophin Elisabeth List ging in ihrer Analyse der herrschenden Planungsdebatte und -praxis von der Kritik am rationalen Handeln aus. Der Verselbständigung einer scheinbar universal gültigen Plaungrationalität stellte sie die Kontextgebundenheit und Situationsabhängigkeit allen Handelns, konkretisiert am Begriff Alltagsrationalität, gegenüber. Die Ausklammerung der Alltagsrationalität aus Theoriebildung und Praxisbezug dient nach List der Verselbständigung männlicher Wissenschaft und Planung, die auf der Arbeitsteilung der Geschlechter basiert. Frauen werden so aus der „männlichen“ Öffentlichkeit ver- und dem privaten Ort zugewiesen. Die Dichotomie von öffentlichem und privatem Raum, die weite Bereich menschlichen Verhaltens und Handelns außer acht läßt, ist demnach eine historische und eben keine universale. Diese Geschichtlichkeit gilt es bewußt zu machen und neue Sichtweisen bzw. Raumvorstellungen aus weiblicher Erfahrung zu entwickeln, um zu neuen veränderten Planungskonzepten zu kommen.

Auch die Politologin Barbara Holland-Kunz von der Universität Frankfurt thematisierte in ihrem Vortrag die „klassische“ Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit als eine geschichtlich bestimmte, die es im Interesse von Frauen zu überwinden gelte. Eine Aufhebung dieser Trennung betrachtete sie daher als notwendig; „Zwischensphären“ sollten eingerichtet werden, indem „Öffentlichkeit in einem emanzipatorischen Sinne privatisiert und Privatheit ebenso vergesellschaftet wird“. Konkreter gefaßt bedeutet das u.a. die Dezentralisierung von Verwaltungsstrukturen und die Entprofessionalisierung politischer Entscheidungen im Sinne der Privatisierung von Öffentlichkeit bzw. andererseits vermehrte gesellschaftliche Verantwortung für bisher als privat verstandene Arbeit, die von Frauen geleistet wird. Die Einrichtung von Zwischensphären des Handelns muß für die Referentin die Schaffung von neuen Handlungsräumen in der städtischen Umwelt nach sich ziehen, in der sich dieser Übergang von Öffentlichkeit und Privatheit vollziehen kann. Was die Einflußnahme von Frauen auf diesen Prozeß angeht, so sieht auch Holland-Kunz in den etablierten Gremien keine Patentlösung. Sie plädiert – ähnlich wie Rodenstein – für die Einrichtung eines „informellen Basisgruppennetzes“ und für „nonkonformistische Aktionsfelder“. Beides soll gewährleisten, daß die Beteiligung von Frauen nicht auf einen Kreis von „eingeweihten“ Profis beschränkt bleibt und kritischen, handlungsorientierten Frauen aus allen Berufen und Schichten die Scheu vor der Einmischung in die Fachdiskussion genommen wird.

Als letzte Referentin stellte die Berliner Soziologin Renate Borst die Frage nach der Trennung von öffentlichen und privaten Räumen und dem Standort von Frauen auf dem Hintergrund der aktuellen Situation in Berlin, das sich nach der Wiedervereinigung von einem Tag auf den anderen Tag um etwa ein Drittel seines vorherigen Umfangs vergrößert hat. Vor allem in Hinblick auf den anstehenden Ausbau zur zukünftigen Regierungshauptstadt sei hier der Veränderungsdruck auf Stadtbild und Raumstrukturen so massiv wie derzeit in keiner anderen Großstadt. Der Prozeß der

Umgestaltung zum Regierungszentrum mit einem zugehörigen Dienstleistungssektor werde zu einer Polarisierung des Arbeitsmarktes und einer starken Differenzierung des Stadtraumes führen. Frauen werden von dieser Entwicklung besonders betroffen sein. Sie seien es, die hauptsächlich in den schlecht entlohnten Dienstleistungsberufen mit geringem Qualifizierungsgrad tätig sind und nach wie vor den überwiegenden Teil an Reproduktionsarbeit in der Familie leisten; sie werden es sein, die auf die „Inseln der Armut“, die Wohnghettos am Rande der Städte zurückgedrängt werden. Andererseits spiegele ein Teil der städtischen Umgestaltung auch neue Lebensmuster von Frauen wider. Im Zuge der sog. „Gentrifizierung“ der Innenstadt entstehen Wohnviertel für Bezieher höherer Einkommen; zu ihnen zählen auch viele Frauen mit überdurchschnittlicher Ausbildung und hohem Sozialstatus, die meist ein sehr berufs-zentriertes Leben ohne festen Partner oder zumindest ohne Kinder führen. Die Polarisierung der Städte spiele also in doppelter Hinsicht für Frauen eine Rolle, was die Veränderung ihrer Lebenssituation betrifft.

Alle Referentinnen lieferten in ihren ausführlichen Beiträgen aus ihrer Forschung wichtige Mosaiksteine zum Thema. Der hohe sprachliche Abstraktionsgrad und die Länge der Vorträge stellten aber die Aufnahmefähigkeit der Zuhörerinnen auf eine harte Probe. Vor allem nach den ersten drei Vorträgen war es eigentlich nur für Frauen mit fachlichen Vorkenntnissen möglich, gezielte Fragen zu den Inhalten und zur Erkenntnisfindung der Vortragenden zu stellen. Durch eine Beschränkung des Umfangs und die Vorstellung von Thesen anstelle von ausformulierten Manuskripten hätten die Inhalte, die den Referentinnen wichtig waren, sicher leichter vermittelt und die Diskussion lebhafter gestaltet und breiter angelegt werden können.

Die Chance, aktiv zu werden, bot sich den Tagungsteilnehmerinnen dann aber in insgesamt neun Arbeitsgruppen, in denen die in den Vorträgen angesprochenen Gedanken wiederaufgegriffen, mit Praxiserfahrungen konfrontiert oder auch direkt in Handeln umgesetzt werden sollten.

Neben der Animationsgruppe, die von der Künstlerinnengruppe VAGA BOND geleitet wurde und sich szenisch-spielerisch im Grenzbereich von Privatheit und Öffentlichkeit bewegte, verlangte die AG 3 („Planung ist unsichtbar – Von der mangelhaften Gebrauchsfähigkeit der Städte“), für die ich mich entschieden hatte, den kreativen Fähigkeiten der Teilnehmerinnen wohl am meisten ab.

Ausgehend von dem Gedanken, daß eine Planung, die Bedürfnisse von BenutzerInnen und BewohnerInnen ignoriert und sie in „gebrauchsfähige“ Wohn- und Lebensräume preßt, gewalttätig ist, sollten die Teilnehmerinnen Ideen und Entwürfe zu einer alltagsorientierten, benutzerfreundlichen Umweltgestaltung entwickeln.

Dazu wurde ein Planungsbereich ausgewählt, dessen Neugestaltung zur Zeit zu den meistdiskutierten und am heißesten gehandelten städtebaulichen Projekten zählt, die Gegend um den Potsdamer Platz an der Nahtstelle zwischen den östlichen und westlichen Berliner Stadtbezirken. Erst im Frühjahr 1991 hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Architekturmuseum international renommierte ArchitektInnen aus dem In- und Ausland aufgefordert, ihre Vorstellungen zur wiedergewonnenen Stadtmitte entwerferisch umzusetzen. Die Entwürfe, die in ei-

ner Ausstellung in Frankfurt und Berlin gezeigt worden waren, bildeten den Vergleichshintergrund für die Vorschläge der Gruppenteilnehmerinnen.

Ohne hier auf die Ergebnisse dieses „Planspiels“ im Einzelnen eingehen zu wollen, waren die Unterschiede zu den in der Hauptsache von männlichen Architekten konzipierten Plänen vor allem in zwei Punkten evident: der angewandten Maßstäblichkeit und der Einplanung von „Freiräumen“, die Möglichkeiten zur Aneignung und Um- bzw. Weitergestaltung eröffnen. Im Gegensatz zu den Entwürfen des Ideenwettbewerbes war bei den Entwurfszeichnungen (oder -manifesten) der AG-Frauen eine große Rücksichtnahme auf die bestehenden Strukturen in der Umgebung des Planungsgebietes zu erkennen und vor allem ein Bewußtsein dafür, daß Entwicklungskonzepte, so eindrucksvoll sie auf dem Zeichenpapier erscheinen mögen, erst durch ihre Benutzbarkeit lebendig werden.

Eine Podiumsdiskussion mit Fachfrauen und Politikerinnen schloß die Tagung ab. Teilnehmerinnen waren Kerstin Dörhöfer, HdK Berlin, Renate Fritz-Händler, Brandenburgisches Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Katharina Hoja, Referatsleiterin bei der Senatsverwaltung Stadtentwicklung und Umweltschutz, Uta Schäfer von der Weimarer Organisation POWER, Hilgard Schuchard, Nordrheinwestfälisches Ministerium für Bauen und Wohnen, Elke von Nieding, Frauenbeirat der Senatsverwaltung Bauen und Wohnen, Dorothea Dubrau, Baustadträtin in Berlin-Mitte und Ida Schillen als Vertreterin von F.O.P.A.

Als Diskussionsgrundlage sollte ein Katalog von Grundsatzforderungen an eine zukünftige Planungspolitik, die Bedürfnisse von Frauen und ihre veränderte Lebenswirklichkeit stärker berücksichtigt, dienen. Obwohl der von der F.O.P.A.-Tagungsgruppe vorbereitete Text allen Tagungsteilnehmerinnen vorlag, fand er kaum Eingang in die Podiumsdiskussion. Die Teilnehmerinnen nahmen nur kurz darauf Bezug, meist zustimmend, nur Hilgard Schuchard kritisierte die „Einengung auf eine feministische Sichtweise“. Ich meine aber, daß der Grund dafür, daß das Papier so wenig Beachtung fand und auch die geplante Verabschiedung unterblieb, ein ganz anderer war – die Allgemeingültigkeit und Konventionalität der Thesen (ausgenommen vielleicht die Forderung nach Vergesellschaftung des Wohnungsbestandes) ließen eine kontroverse Diskussion nicht zu. Forderungen nach Verbesserung des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs, nach alternativen umweltschonenden Produktionsformen oder nach einem größeren Angebot an sozialen Einrichtungen wird sicherlich jede Frau und jeder Mann unterschreiben können. Hauptbezugspunkt der Diskussion auf dem Podium und im Plenum waren vorrangig die Formen der Einmischung, die Frauen entwickeln oder – wenn vorhanden – besser nutzen müssen, um die Planungsdebatte zu beeinflussen. Wiederholt wurde auf die Gefahr hingewiesen, die durch die „Männerzeit“, die Anke Martiny in einem Artikel für die „Zeit“ nach der Wende heraufziehen sieht, drohe: nicht reflektierendes Nachdenken und Offenheit für neue Ideen sei derzeit gefragt, sondern schnelles Handeln bei der Verwirklichung „technisch machbarer Mammutprojekte“.

Die Podiumssprecherinnen beklagten in diesem Zusammenhang, daß nach wie vor zuwenige Fachfrauen bereit seien, sich mit unangepaßten Vorstellungen zu exponieren und damit möglicherweise einen Karriereknick zu riskieren und appellierten an

die Architektinnen und Planerinnen, mehr Mut zu zeigen. Nur, wenn sich Frauen verstärkt zu Wort melden, können auch die „informellen“ oder „Basisgruppen“-Netze geknüpft werden, die die Referentinnen am Beginn der Tagung eingefordert hatten.

Die Tagung war in erster Linie eine Veranstaltung von und für Architektinnen und Planerinnen, die über die Reflektion ihrer Arbeitssituation und ihrer Produktionsbedingungen zum Entwurf eines eigenen, praktisch verwertbaren Raumkonzeptes gelangen wollen.

Welchen Nutzen konnten nun aber Kunsthistorikerinnen, die sich mit dem Problem einer Geschlechterdifferenzierung im Verständnis und der Aneignung von Räumen bzw. der Produktion von Architektur beschäftigen, aus dem Gehörtem und Erlebtem ziehen?

Ich denke, vor allem die Erkenntnis, daß aufgrund der besonderen Interessenslage von Architektinnen und Planerinnen, viele Fragen, ja ganze Fragenkomplexe bisher offen geblieben sind, die gerade für die kunsthistorische Forschung von Frauen relevant haben. Das betrifft sowohl die Seite der Produktion wie die der Rezeption von Architektur und Raumorganisation. So wären zum Beispiel architektonische Formen und Symbole, die Gestaltung von Räumen, auf ihre Geschlechterdeterminiertheit unter Berücksichtigung von Auftraggeber, Produzent und Adressaten zu untersuchen. Auch die biographische Forschung zur Architektinnengeschichte sollte sich nicht auf sozialhistorische Aspekte beschränken sondern sich verstärkt auf die „Produkte“ und deren Aussage für das Geschlechterverhältnis beziehen.

Die Behandlung dieser und vieler weiterer Fragen setzt allerdings eine intensive methodische und ideologiekritische Diskussion voraus; dies umso mehr, als innerhalb der konservativen Kunstgeschichte der Raum, der das „Werk“ umgibt oder für den es konzipiert wurde, nach wie vor kaum ins Blickfeld geraten ist und wenn, dann ganz gewiß nicht unter einem geschlechtsspezifischen Blickwinkel.